

Machtprobe für Premier Tsipras

Die griechische Regierung will weitere Sparmaßnahmen beschließen. Das treibt die Bürger auf die Straßen

Von unserem Korrespondenten
DETLEF DREWES

BRÜSSEL/ATHEN. Es sind wieder einmal Schicksalstage für Griechenland: In der Nacht zum Montag soll das Parlament neue Sparmaßnahmen für die Rente und höhere Steuern beschließen. Am Montag kommt die Euro-Gruppe in Brüssel zusammen. Doch im Vorfeld versinkt das Land im Streik.

Es sind schlechte Zeiten für Griechenland-Urlauber. Der Flugverkehr nach Athen und auf die Inseln lief am Freitag zwar ohne Störungen. Doch die Gewerkschaft der Seeleute (PNO) hat bis zum kommenden Dienstag alle Fähren an die Kette gelegt. Auch die Eisenbahnen stehen still. Die Regierung spart, das Volk streikt. Alle Blicke sind auf die Parlamentssitzung am Sonntagabend gerichtet: Dann versucht Premier Alexis Tsipras die große Rentenreform durchzusetzen. Die Folgen sind dramatisch: Um bis zu 30 Prozent werden die Bezüge neuer Ruheständler sinken, was Ausgaben in Höhe von 1,8 Milliarden Euro einsparen könnte. Weitere 1,8 Milliarden Euro soll eine Steuerreform bringen – beide Maßnahmen gehören zu den Auflagen der Geldgeber. Die treffen sich bereits am Montag in Brüssel im Rahmen der Euro-Gruppe. Eine positive Entscheidung ist dringend nötig. Schon im Juli muss Athen Raten in Gesamthöhe von 3,67 Milliarden Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Europäische Zentralbank (EZB) und andere Gläubiger zurückzahlen.



Lautstark und mit Baseballschlägern bewaffnet protestieren in Athen Demonstranten gegen den Sparkurs der Regierung.

FOTO: AP

Obwohl sich die griechische Regierung erst in den letzten Tagen am Kapitalmarkt frisches Kapital beschaffen konnte, ist diese Summe nicht verfügbar. Ein neuer Griff in das 86 Milliarden Euro schwere dritte Hilfspaket steht an.

Doch ob es bis Montag wirklich einen Durchbruch gibt, war am Freitag noch offen. Tsipras verfügt im Parlament nur über eine knappe Mehrheit von 153 der 300 Stimmen. Und der Widerstand in den eigenen Reihen wächst. Für den 41-jährigen Chef des linken Syriza-Bündnisses hat sich die Situation zu einer Machtprobe ausgewach-

sen, die auch über seine politische Zukunft entscheiden könnte. Zumal der Druck der Geldgeber wächst. „Frankreich wünscht am Montag eine Einigung über Griechenland“, ließ Staatspräsident François Hollande nach der Kabinettsitzung am Dienstag mitteilen. EU-Ratspräsident Donald Tusk will die Causa Athen dagegen bis zum G7-Gipfel in Japan Ende Mai abgeschlossen haben. „Ich möchte alle Minister und die (Geldgeber-)Institutionen ermutigen, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Überprüfung abzuschließen“, erklärte er Mitte der Woche. Inzwi-

schon wären die verantwortlichen in Athen und Brüssel aber schon froh, wenn die Finanzminister am Montag wenigstens die bisher gemachten Schritte begrüßen und grünes Licht für weitere geben würden. „Eine Einigung ist möglich“, sagte EU-Währungskommissar Pierre Moscovici vor wenigen Tagen. Und auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble klang erstaunlich optimistisch, als er sagte: „Wir werden dieses Jahr keine große Griechenland-Krise kriegen.“

Doch die Lage ist schwierig, weil es inzwischen nicht mehr nur um

die aktuellen Sparaufgaben geht, sondern auch noch um einen weiteren Katalog zur Krisenprävention. Der Internationale Währungsfonds drängt auf vorbeugende Einschnitte in den Staatshaushalt, die – und darauf legt man in Washington Wert – „automatisch“ in Kraft treten, wenn Wachstumsziele nicht erreicht werden. Im Prinzip hatte Tsipras dies bereits akzeptiert – am Freitag hieß es dagegen vom Chef des ESM-Rettungsschirms der Euro-Zone, Klaus Regling, der Premier lehne einen solchen zusätzlichen Sparkatalog über 3,6 Milliarden wieder ab.

Evonik kauft Sparte von US-Konzern

3,5 Milliarden Euro für Spezial-Additive

ESSEN. Der Essener Chemiekonzern Evonik hat nach langer Suche eine Milliarden-Übernahme mit hohen Gewinnaussichten eingefädelt: Die Essener kaufen für umgerechnet rund 3,5 Milliarden Euro das Spezialadditiv-Geschäft des US-Konkurrenten Air Products and Chemicals. Das teilte das Unternehmen am Freitag mit. Die Übernahme soll noch 2016 abgeschlossen werden und schon 2017 Zusatzgewinne für die Bilanz bringen. Das US-Unternehmen, das mit 1100 Mitarbeitern Zusatzstoffe für Lacke, Beschichtungen und Industriereiniger herstellt, erwirtschaftete 2015 bei umgerechnet knapp einer Milliarde Euro Umsatz mehr als 200 Millionen Euro Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda). Einsatzgebiete sind die Bau- und die Autoindustrie, Schiffsbauer und industrielle Reiniger. Laut Evonik bringt das Geschäft Steuervorteile von mehr als 400 Millionen Euro.

Zudem ernannte der Aufsichtsrat den bisherigen Evonik-Strategievorstand Christian Kullmann zum stellvertretenden Vorstandschef. Kullmann gilt als Kandidat für den Chefposten nach dem turnusmäßigen Ausscheiden des bisherigen Vorstandschefs Klaus Engel 2018. Zuvor hatten die Essener, deren Kassen nach mehreren guten Jahren voll sind, lange nach einer passenden Übernahmegelegenheit gesucht. *dpa*

Finanzamt erkennt Barzahlungen nicht an

Steuerberater gaben Tipps am Telefon

BONN. Stichtag ist der 31. Mai 2016: Bis dahin sollten Steuererklärungen für 2015 beim Finanzamt eingereicht werden. Wer einen Steuerberater in Anspruch nimmt, hat Zeit bis zum 31. Dezember 2016. Die wichtigsten Fragen und Antworten der GA-Telefonaktion vom vergangenen Mittwoch:

■ **Ich habe gelesen, dass die Renten erhöht werden. Muss ich dann auch mehr Steuern zahlen?**

Alle Kosten für Kranken-, Pflege- und Haftpflichtversicherung können im Rahmen der Sonderausgaben unter Berücksichtigung der entsprechenden Höchstbeträge geltend gemacht werden. Auch Ausgaben für Arztbehandlungen und ärztlich verordnete Medikamente, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden, können im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen angegeben werden. Davon abgezogen wird eine zumutbare Eigenbelastung, die abhängig ist von Ihrem Gesamtbetrag der Einkünfte und Ihren persönlichen Verhältnissen. Auch haushaltsnahe Dienstleistungen und Spenden können steuerlich geltend gemacht werden.

■ **Wann muss ich eine Steuererklärung abgeben?**

Für 2015 gilt noch ein Grundfreibetrag von 8472 Euro für Ledige beziehungsweise 16 944 Euro für gemeinsam Veranlagte. Für 2016 erhöht sich der Freibetrag für Ledige auf 8652 Euro und für gemeinsam Veranlagte auf 17 304 Euro. Wer mit seinen Einkünften über diesen Freibetrag liegt, muss grundsätzlich eine Steuererklärung abgeben.

■ **Ich wohne in einer Eigentumswohnung und musste im letzten Jahr eine ganze Reihe von Renovierungsarbeiten ausführen lassen. Kann ich diese steuerlich geltend**

machen?

Die reinen Handwerksleistungen, die Sie persönlich beauftragt haben, inklusive Mehrwertsteuer, können Sie steuerlich geltend machen, nicht die Materialkosten. Achten Sie also darauf, dass diese auf der Rechnung getrennt voneinander aufgelistet werden. Reichen Sie auch immer die Rechnungen und die dazugehörigen Kontoauszüge ein. Barzahlungen werden vom Finanzamt nicht anerkannt. Zusätzlich sollten Sie über die Wohnungseigentumsverwaltung im Rahmen der jährlichen Wohngeldabrechnung eine Bescheinigung über Handwerkerleistungen beantragen.

■ **Ich wohne in einem Mietshaus. Was kann ich von den Nebenkosten steuerlich geltend machen?**

In den Nebenkostenabrechnungen sind die Posten für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen normalerweise aufgelistet, also zum Beispiel berechneten Kosten für Treppen-, Straßen-, Fensterreinigung, Gärtner, Hausmeister und Schornsteinfeger. Hieraus ergibt sich eine Steuerermäßigung in Höhe von 20 Prozent.

■ **Zusätzlich zu meiner Rente habe ich einen Minijob. Muss ich ihn versteuern?**

Nein, Minijobs sind in der Regel pauschal durch den jeweiligen Arbeitgeber versteuert und müssen weder erklärt noch versteuert werden.

■ **Ich beziehe Rente und habe Einkünfte aus Kapitalvermögen. In den letzten drei Jahren hatte ich vom Finanzamt eine Nichtveranlagungsbescheinigung erhalten. Wie lange ist sie gültig?**

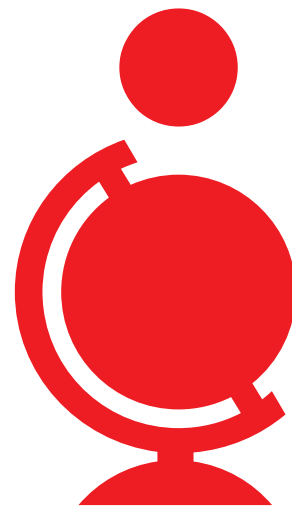
Eine Nichtveranlagungsbescheinigung sollte vor Ablauf des dritten Jahres neu beantragt werden. *ga*

„Minijobs sind in der Regel pauschal besteuert und müssen weder erklärt noch versteuert werden“

Experte
Steuerberaterverband



Weltweit ist einfach.



sparkasse.de/mittelstand

Wenn man für Investitionen einen Partner mit internationalem Netzwerk hat.

Deutsche Leasing

Wenn's um Geld geht

